

Hier folgen Ausschnitte aus einem Interview der Magdeburger Volksstimme vom 1.11.2013:

„Ungarn ist keine Last mehr für Europa“

Volksstimme-Interview mit dem ungarischen Außenminister József Czukor

[...]

Volksstimme: Im Ausland wird allerdings vor allem wahrgenommen, daß mit einer neuen Verfassung die Rechte des Verfassungsgerichtes beschnitten wurden, was demokratischen Prinzipien widerspricht.

Czukor: Die große Mehrheit, die in Ungarn aufgrund der Unzufriedenheit mit der sozial-liberalen Vorgängerregierung entstanden ist, hatte die Möglichkeit, eine neue Verfassung zu verabschieden.

Das ist geschehen, und darüber wurde in Ungarn viel diskutiert. Es gab auch Debatten mit der Europäischen Kommission und mit dem Europarat. All diese Diskussionen endeten damit, daß die ungarische Regierung die Vorgaben der EU-Kommission eingearbeitet hat oder vor dem Europäischen Gerichtshof klären lassen hat. Das betraf etwa die Frühpensionierung von Richtern, die als Diskriminierung gewertet und korrigiert worden ist. Im Moment gibt es keine Debatte mehr über die ungarische Verfassung, sie entspricht ungarischen Standards. Es gibt jetzt auch das Recht der Verfassungsbeschwerde nach deutschem Modell, das wir so vorher nicht hatten. Die Geschichte ist gegessen.

[...]

Volksstimme: Aber auch das Mediengesetz ist auf Kritik gestoßen.

Czukor: Die ungarische Presse ist frei. Beim Mediengesetz von 2010 hat die Europäische Kommission keine gravierenden Abweichungen von den Regelungen in anderen EU-Staaten festgestellt. Unser Mediengesetz wurde auf EU-Empfehlung hin geändert, im Hinblick auf die Freiheit der Journalisten, etwa beim Quellenschutz. Die Kommission hat festgestellt, daß das Mediengesetz nicht mehr zu beanstanden ist.

[...]

Volksstimme: Neuerdings sehen sich auch Obdachlose Sanktionen ausgesetzt.

Czukor: Es gibt viele, die daran ideologisch festmachen, daß die Demokratie in Gefahr ist, wenn eine so große konservative Mehrheit an der Macht ist. Das ist falsch. Wir sind noch immer in einer Krise – eine besondere Lage erfordert Sondermaßnahmen. In Ungarn haben die Obdachlosen die gleichen Rechte für freies Wohnen wie in Deutschland. Der Unterschied ist die tiefe Armut, die sich darin zeigt, daß sich an vielen Plätzen Obdachlose konzentrieren. Bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, bei Pietätlosigkeit – wie in Kirchen – oder zum Schutz von Kulturgütern – wie am Parlament – ist das Übernachten verboten. Im Budapester Stadtpark darf man schlafen, im Berliner Tiergarten nicht.

Volksstimme: Roma-Politik ist nicht nur in Ungarn ein schwieriges Feld. Was tut die Orban-Regierung für die Integration der größten europäischen Minderheit?

Czukur: In der Vergangenheit gab es auch Gewalttaten gegenüber der Roma-Minderheit, aber Ungarn hat während der EU-Ratspräsidentschaft 2011 eine europäische Roma- Strategie auf den Weg gebracht. Die Maßnahmen unserer Regierung für die 700 000 Roma beziehen sich auf Bildung, Gesundheit und Wohnen. 80 % der Roma-Kinder schließen die achtklassige Grundschule ab. Viele Zehntausende Roma, die in den letzten 20 Jahren kein geregeltes Arbeitsverhältnis hatten, werden durch gemeinnützige Arbeit – vergleichbar mit ABM in Deutschland – zeitweise beschäftigt. Ungarn muß sich nicht verstecken.